

## EnVKV-Vollzug in den Bundesländern

Ergebnisse unserer Umfrage aus März 2009 (Stand: 09.06.2009, Anfrage 2010 in Vorbereitung)

Bundesland	Ministerium	Referat	Vollzugsbehörde	Gesetzesgrundlage	Vollzugsaktivitäten
Baden-Württemberg	Wirtschaftsministerium	Referat 42, Regenerative Energien und rationelle Energieanwendung	Gemeinden der Stadtkreise und Landratsämter als untere Verwaltungsbehörden	EnVKG-ZuVO vom 15.11.2007	2009: Umfrage des Wirtschaftsministeriums bei den zuständigen Behörden vom 27.08.08: keine flächendeckenden Vollzugsaktivitäten aufgrund ungeregelter Zuständigkeiten in der Verwaltung. Deshalb wurden alle zuständigen Behörden nochmals über die Pkw-EnVKV informiert. Keine Bußgeldverfahren, da bei bisherigen Kontrollen von Verkaufsräumen und Presse keine Verstöße festgestellt wurden. Keine statistische Erfassung der Kontrollmaßnahmen.
Bayern	Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	Energieeinsparung	Kreisverwaltungsbehörden	§3 Abs. 3 der Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht (ZuVOWIG)	2009: Es liegen keine Informationen zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten vor, da keine zentrale statistische Erfassung von Vollzugsaktivitäten der Kreisverwaltungsbehörden geführt wird.
Berlin	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen	Energieeffizienz	Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin (LAGeTSi)		2008: Stichprobenkontrollen im Rahmen der Marktüberwachung. Sie stellen dabei fest, dass EnVKV in Berliner Handelseinrichtungen hinreichend bekannt ist. Mündliche Verwarnungen wurden in Einzelfällen ausgesprochen.  2009: Keinerlei Angaben zu Vollzugserfahrungen
Brandenburg	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	Referat Politik	Landesamt für Arbeitsschutz		2009: Autohäuser werden weiterhin nur alle 5 bis 12 Jahre im Rahmen der Aufsicht bezüglich der Sicherheit und Gesundheit von Beschäftigten bei der Arbeit kontrolliert. Dabei wurden keine Verstöße festgestellt. Keine Kontrollen in örtlichen Printmedien aus Kapazitätsgründen.
Bremen	Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	Energieeffizienz	Geplant: Gewerbeaufsicht Bremen	Zuständigkeitsregelung für das Energiebetriebe-Produkte-Gesetz	2009: Zuständigkeit soll noch im Frühjahr 2009 im Zuge der Zuständigkeitsregelung für das Energiebetriebe-Produkte-Gesetz auf die Gewerbeaufsicht Bremen übertragen werden. Derzeit werden die notwendigen rechtlichen Regelungen vorbereitet, nachdem die Frage der Finanzierung der Personalkosten weitgehend geklärt werden konnte.
Hamburg	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	Amt für Natur- und Ressourcenschutz (Energieabteilung)	Bezirke		2009: Ein Gespräch der Behörde mit den Bezirken im Oktober 2008 ergab, dass eine Anlassüberwachung für ausreichend gehalten wird. Statistiken über Verstöße werden nicht geführt. Nach Einschätzung der Bezirke ist der Umfang aber sehr gering. Falls wir ihnen Informationen über erhebliche Vollzugsdefizite übermitteln können, würden sie diese bei der Gestaltung der Vollzugskonzepte berücksichtigen.
Hessen	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung	Energieeffizienz, Ref. IV.7.	Landkreise und kreisfreie Städte	Gesetz zur Kommunalisierung des Landrats sowie des Oberbürgermeisters als Behörden der Landesverwaltung vom 21.03.2005	2009: Eigenverantwortliche Stichprobenkontrollen durch die mit dem Vollzug betrauten Stellen in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Keine Rückmeldung von Ergebnissen aus den Kontrollen an das Ministerium, daher keine Informationen über Umfang und Ahndung von Verstößen.
Mecklenburg-Vorpommern	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	Verbraucherschutz	Noch nicht geregelt		2009: Der Entwurf einer Landeszuständigkeitsverordnung befindet sich noch im Abstimmungsverfahren. Deshalb liegen noch keine Vollzugserfahrungen vor.
Niedersachsen	Ministerium für Umwelt und Klimaschutz	Referat Energiepolitik und Klimaschutz	Geplant: Gewerbeaufsichtsverwaltung		2009: Neuordnung der Marktaufsicht notwendig. Dazu soll eine Behörde festgelegt werden, die für die Marktüberwachungsaufgaben aus verschiedenen Rechtsgebieten zuständig ist. Laut Verordnungsentwurf zur Novellierung der Zuständigkeitsverordnung soll die Umsetzung der Pkw-EnVKV der Gemeindeaufsichtsverwaltung zugewiesen werden. Erst danach ist die Entwicklung von Marktüberwachungskonzepten gemäß den EU-Anforderungen möglich.

## EnVKV-Vollzug in den Bundesländern

Ergebnisse unserer Umfrage aus März 2009 (Stand: 09.06.2009, Anfrage 2010 in Vorbereitung)

Bundesland	Ministerium	Referat	Vollzugsbehörde	Gesetzesgrundlage	Vollzugsaktivitäten
Nordrhein-Westfalen	Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	Energieeffizienz	Landesbetrieb für Mess- und Eichwesen (LBME)		2009: Zusicherung des Kraftfahrzeuggewerbes, verstärkt auf die Einhaltung der Pkw-EnVKV zu achten und die Betriebe entsprechend zu sensibilisieren. Da dem LBME keine Verstöße gemeldet wurden, waren Maßnahmen wie Ordnungswidrigkeitsverfahren nicht erforderlich.
Rheinland-Pfalz	Wirtschaftsministerium; Antwort durch das Landesamt für Mess- und Eichwesen (LME)	Energie, Energietechnik und Landesregulierungsbehörde Energie	Landesamt für Mess- und Eichwesen Rheinland-Pfalz		2007: 2 Beamte sind mit bis zu 50% ihrer Arbeitszeit für die Überwachung der EnVKV eingesetzt. 2007 gab es 240 Kontrollen mit einer Beanstandungsrate von 79%. Nach wie vor somit große Defizite. Bei Erstverstößen mündliche oder schriftliche Verwarnung mit Frist zur Abhilfe. Nachkontrollen je nach Einzelfall, ggf. Ordnungswidrigkeiten-Verfahren (in 2007: 5 Verfahren).  2009: Kontrolle von 303 Händlern, bei 24 davon Zweitüberwachung aufgrund von Erstbeanstandungen. Print: Kontrolle von 79 Werbeanzeigen in Tageszeitungen und Händlerprospekten. Es wurde 1 Bußgeldverfahren eingeleitet und auch mit der Verhängung einer Geldbuße abgeschlossen.
Saarland	Umweltministerium	Abteilung D, Natur und Mensch	Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA)		2009: Da die Vollzugsbehörde erst am 2. April 2009 festgelegt wurde, liegen noch keine Vollzugserfahrungen vor. Angedacht ist eine ähnliche Überwachung wie im Bereich des technischen Verbraucherschutzes.
Sachsen	Wirtschaftsministerium	Energiepolitik	Landkreise		2007: 2006 wurden 39 Autohäuser stichprobenhaft kontrolliert. 11% Verstöße mit Belehrung und Ankündigung von Nachkontrollen. Bußgeldverfahren waren bisher nicht notwendig.  2008: Alles beim alten gegenüber 2007. Tests von Weißer Ware waren mal angedacht, wurde aber nie konkret (Mittel fehlen). <i>Frau Ferchland bittet darum, zukünftige Anfragen aus Zeitgründen telefonisch durchzuführen.</i>  <i>2009 keine Anfrage, da EU-Beschwerde schon abgelehnt wurde.</i>
Sachsen-Anhalt	Ministerium für Wirtschaft und Arbeit		Geplant ab Januar 2010: Kommunen		2009: Mit dem Inkrafttreten des Zweiten Funktionalreformgesetzes im Januar 2010 sollen die Kommunen zuständig sein. Bisher liegen keine quantifizierbaren Vollzugserfahrungen vor.
Schleswig-Holstein	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	Abteilung Energie und Technologie	Benennung noch in 2009 geplant		2009: Herr Engel entwirft z.Zt. eine Zuständigkeitsverordnung, die voraussichtlich noch in 2009 verkündet werden kann.
Thüringen	Thüringer Landesverwaltungsamt	Referat 510	Thüringer Landesverwaltungsamt (TLVwA)		2009: Probleme beim Vollzug der Verordnung aufgrund personeller Engpässe. Es wird deshalb erwogen, den Vollzug vom TLVwA auf die unteren Verwaltungsbehörden zu übertragen.

**Legende:**

	"Musterländer": Vollzugsbehörde benannt, nennenswerte Kontrolltätigkeit mit Ahndung von Verstößen und statistischer Auswertung.
	Vollzugsbehörde benannt, aber noch zu neu / Keine Rückmeldung ans Ministerium / Keine Ahndung, da angeblich keine Verstöße gefunden.
	Keine Kontrollen, da sich die Festlegung einer Vollzugsbehörde noch in Planung befindet.